

Er scheint täglich
nachmitt. mit Ausnahme
des Sonn- und Feiertags.

Abonnementpreis
monatlich 60 Pf.
vierteljährlich 1.50 Mk.
jährlich 5.00 Mk.
Zusch. die Post bezogen
1.00 Mk. inkl. Befr. d. G.

Die Neue Welt
(Anstaltsorgan)
durch die Post nicht bezogen,
kann monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047
Kriegsamm.-Abteilung
Postfach 144/145



Insertionsgebühren
betragen für die 6 Spalten
pro Zeile, aber deren Name
30 Pfennig.

Die ansonstigen Anzeigen
30 Pfennig.

Im erhaltenden Teile
kann bei Seite 70 Pfennig.

Insertion
für die fällige Nummer
müssen spätestens die vor-
mittags 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben
sein.

Eingetragen in die
Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Der letzte Akt.

Am Dienstag nimmt der Reichstag seine Arbeit wieder auf und zwei Tage später tritt auch die Finanzreformkommission wieder zusammen. Von jetzt ab wird sich binnen wenig Wochen in raschem Zuge das Schicksal der Reichsfinanzreform entscheiden müssen. Allerdings ist die Frage nicht so zu stellen, ob überhaupt etwas herkommt oder nicht. Alle bürgerlichen Parteien sind bereit, neue der Massenvertrauen belastende Steuern einzuführen, nur darüber, in welchem Umfang das geschehen soll und welcher Parteigruppierung der gesetzliche Mobus der neuen Volksbelastung zuzuführen ist, herrscht Streit und Ungeheißer. Dieser Streit kann zur Folge haben, daß die Reform zum Schluß irgend eine überraschende, heute noch nicht vorauszuweisende Gestalt erhält, oder daß sich in den Beziehungen der Parteien zur Regierung und untereinander eine Änderung vollzieht, oder aber auch, daß das Gesetzeswerk in diesem Frühjahr und Sommer überhaupt nicht vollendet werden kann, sondern bis zum Herbst vertagt werden muß.

Daß der Reichstanzler sein Schicksal vom ferneren Bestande des Blochs abhängig machen will, glaubt man heute nicht mehr. Herr Wilton hat in seiner letzten Reichstagsrede mit schärferer Deutlichkeit ausgesprochen, daß ihm nicht nur der Bloch sondern das ganze Parlament gleichgültig und daß er gegen parlamentarische Voten unempfindlich ist. Er hat erklärt, er werde solange im Amte bleiben, als er das Vertrauen Wilhelm's II. besitzt und als es auch mit seinem „eigenen Gewissen“ vereinbar sei. Von dem Vertrauen des Parlaments sprach er in diesem Zusammenhang kein Wort und durch dieses Schweigen bewies er, daß er nicht nur kein parlamentarischer sondern auch nicht einmal ein konstitutioneller Minister ist, und daß er jeden Tag bereit ist, den Reichstanzler zu sein. Er hat sich dem Reichstag zu spielen, wie er es ja auch schon früher wiederholt, so im Streit um die sog. „Kommandogebühren“, der zur Auflösung des Reichstags führte, und mit vielleicht noch deutlicherem Fortsetzen seiner intriganten Absichten im Falle des Journalistenstreiks getan hat. Die antiparlamentarische Aktion zu Gunsten der Reichsfinanzreform, die der Reichstanzler jetzt von seinen Dienern und Beamten inszenieren läßt und die am Dienstag in einem Empfang von Abordnungen aus dem „ganzen Reiche“ ihren vorläufigen Höhepunkt finden soll, kommt also keinem, der die politischen Wege Wilton's verfolgt hat, irgendwie überraschend.

Es ist auch weiter gar nicht wunderbar, daß der oberste Beamte des preussischen Staats und des Deutschen Reichs ein paar hundert Menschen an der Hand hat, die bereit sind, sich für alles zu begeistern, was ihnen „antidemokratisch“ zur Begeisterung empfohlen wird, wäre es auch der Tod, mit dem sie geprieselt werden. Wertwüthiger ist schon, daß sich Herr Wilton Erfolg versprechen kann von einem solchen Treiben, das von jedem Parlament, welches seinen Namen verdient, als Verunsicherung empfunden und mit schärferen Gegenmaßnahmen beantwortet werden müßte. Aber Wilton kennt seine Leute, und so wenig er auch von Steuern und wirtschaftlichen Dingen überhaupt eine ernsthafte Vorstellung hat, so meisterhaft versteht er sich auf psychologische Behandlung der unglücklichen Geister von Streik bis Hirschfeld. Er weiß, daß das Deutsche Reich zwar ein in sich selbst Ganzes besitzt, in dem sich die verschiedenen Parteien befinden und einander den Wind aus den Segeln zu nehmen versuchen, daß es aber kein deutsches Reichsparlament, keine deutsche Volksvertretung gibt, die nach unten und oben für sich ein geschlossenes Ganzes bildet, und die bereit ist, ihre Würde und Selbständigkeit nach allen Seiten hin energisch zu verteidigen. Darum konnte er, der „Verantwortliche“ des Reichsfinanzjammers, nicht bloß die starke Ungezogenheit zeigen, daß er den Reichstag selber im Ton des Schulmeisters zur Rede stellte, sondern er konnte sogar dazu übergehen, eine förmliche Hege gegen den Reichstag zu eröffnen, weil er über „dem Parteigegensatz“ seine „nationalen Aufgaben“ beruhe, d. h. weil er die im abergläubigen 500 Millionen nicht sofort und ohne Gegenrede aus dem Kerker schickte.

Wie richtig der Reichstanzler seine Leute einschätzte, geht schon daraus hervor, daß er in seinem Beibehalten gegen das Parlament die lebhafteste Unterstützung bei den Liberalen findet, und namentlich ist es die nationalliberale Partei, die aus ihrem Bestande von Professoren, Oberlehrern, Gerichtsbeamten usw. die meisten Rekruten liefert. Selbst Kommerzienräte und Offiziere a. D., die bis jetzt noch in öffentlichen Ämtern der Steuerdemonstranten nur vereinzelt vor, ganz selten einen Randwitz, einen Randwetter, Arbeiter natürlich gar nicht! Das ist das Volk, das der Reichstanzler zum Sturz gegen das Parlament führt. Derselbe Kanzler, der als preussischer Ministerpräsident erklärt hat, daß er sich durch eine so tiefgehende Volksbewegung wie die preussische Wahlrechtsbewegung nicht „beeinflussen“ lassen werde, unternimmt es jetzt, mit Hilfe einer solchen nicht erst zu nehmenden „Gesellschaft“ Druck von außen zu spielen. Und die Wahrheit ist nicht für einen Erfolg.

Selbst, wenn das Schicksal nicht, wenn der Reichstag bis Mitte Juni zu keine, definitiven Entscheidungen kommt, kann ihn der Reichstanzler mit einer Strafpredigt nach Hause schicken und sich den Sommer über als Kanzler gegen Reichstag feiern lassen, als der U. m., der in der Durchführung seiner erhabenen Pläne und Absichten durch den „Unverstand

der Abgeordneten“ gestört wird. Er hat ja das Vertrauen des Kaisers, das er sich mit heißen Tränen erkämpft, hat, und er hat sein Gewissen, dessen Weite ihm auch dann das Verbleiben im Amte ermöglicht, wenn sich alle seine bisherigen Versprechungen als trügerisch erweisen sollten.

Darin besteht die Stärke der Position des Fürsten Wilton im Kampf um die Reichsfinanzreform. Die Parteien wollen, daß er von ihnen parlamentarisch unabhängig ist und sich nicht wegdreht läßt! Wohl großen ist der Kampf, den die Parteien lieben, wird nicht in der Öffentlichkeit, nicht auf parlamentarischen Boden sondern bei Hofe geführt. Die beifälligen Freuden der Zentrum und Konservativen zeigen, desto bessere Aussichten eröffnen sich ihrem Einfluß bei Hofe und desto eher werden sie Vergeltung üben können für die kleinen Verlegenheiten, die ihnen der Reichstanzler bereitet hat. Was aber die Liberalen betrifft, so ist dieses übliche Thema schon so oft abgehandelt worden, daß es einem wiederholt, noch mehr darüber zu sagen.

Genug, daß es im Reichstag keine einzige bürgerliche Partei gibt, die zu dem ungelieblichen Gange des Wilton'schen Reichsfinanzreformplans in grundsätzlicher Opposition steht. Keine bürgerliche Partei hat etwas dagegen einzuwenden, daß von fünf hundert Millionen angeblichen Wählerdarfs vier hundert auf die Schultern der breiten Massen gelegt werden. Keine bürgerliche Partei verfolgt in dem anstehenden Streit um die sog. Wählersteuer einen andern Zweck, als den, diese angebliche Wählersteuer möglichst zu einem leeren Schaugericht zu machen. Keine Partei denkt daran, gegen Steuerbewilligungen neue Volksrechte und Rechte des Reichstages anzukämpfen, sondern der ganze Steuerhaushalt ist ihnen weiter nichts als ein Werkzeug, um die Güntz der Reichstagen, wobei die einen auf Wilton, die andern aber auf Wilhelm II. zielen.

Es ist Zeit, daß sich das Volk rührt, sonst vergißt man manchmal ganz, daß es auch noch da ist. Fürst Wilton hat es ja selber gerufen, damit es dem Reichstag seine Meinung sagen soll. Das Volk, das in rühmliche Weise, das nicht nur aus Oberlehrern besteht, will eine Finanzreform, aber nicht eine solche, die dem Volk neue Lasten an Verbrauchsabgaben aufbürdet, sondern es will, daß durch ein Abkommen mit den andern europäischen Großmächten die Last der militärischen Rüstungen herabgemindert, der aber etwa unvermeidliche Mehrbedarf in Form von direkten Steuern auf die wirklich tragfähigen Schultern der bestehenden Klassen gelegt wird. Und das Volk will ferner, daß seine neuen Steuern bewilligt werden, ohne daß die Volksvertretung die günstige Gelegenheit benützt, demokratische Reformen durchzuführen, deren Durchführung längst als eine Lebensnotwendigkeit des Reichs erkannt ist. So drängt die Reichsfinanzreform auch kein Maß, so kann sie doch niemals dringender sein als die Reform des Reichs parlamentarismus und die Einführung der gleichen Landtagswahlrechts in Preußen!

Der unerwünschte Negationsstoff, den die Steuerreform der Sozialdemokratie liefert, kann nicht trösten über das unerfreuliche einer Situation, in der die Arbeiterklasse abermals in der Hauptphase in eine Abwehraktion gedrängt steht. Durch solche notwendige Abwehraktionen wird sich aber das wertvolle Volk nicht von der Erkenntnis abbringen lassen, daß seine beste Kraft im politischen Kampfe auf dem Angriff, nicht auf der Verteidigung beruht. Nicht bloß Abwehr, sondern vor allem schärfer Angriff, außer rastloser Kampf für positive Volksforderungen muß es darum auch hier heißen, nicht bloß gegen die finanzpolitische Mißgeburt des Blochs, sondern für Befreiung der Reichs und freies Wahlrecht!

Die Jungtürken und die Armee.

Die jetzige Militärrevolte in der Türkei zeigt vor allem, daß die Jungtürken die Führung mit den Volksmassen verloren haben. Nicht nur die Aufgabe des Kaisers ist ein Verweis hervorgehoben, sondern mehr noch das Verbot der Jungtürken. Sie waren überaus befähigt, in keiner Weise beschränkt.

Diese Auflösung der Jungtürken von den Volksmassen ist kein Zufall. Sie ist die Konsequenz ihrer politischen Ziele. Die Lösung war: „Einkünfte und Fortschritt“. Im Interesse der Einkünfte haben sie sehr bald den Fortschritt zurückstellen müssen: mehr Einkünfte als Fortschritt. Doch das war noch nicht einmal der Hauptfehler. Hinter dem Problem der Einkünfte verbarg sich die Furcht vor den sozialen Gegensätzen. Es war der Versuch, eine politische Revolution durchzuführen, ohne die sozialen Zustände zu ändern. Es sollten jene Interessen verlegt, folglich auch keine gefördert werden: es sollte unter den Leuten alles beim alten bleiben, nur der Staat sollte umgefallen werden. Das war wohl im Interesse der Bestehenden, auch im Interesse des Staats, dessen Domänen ein Drittel des Landes umfaßte, aber es bot nichts dem türkischen Bauern: weder einen Besitz noch eine Erleichterung. Es sollte eine Revolution mit Umkehrung der Volksmassen sein. Statt eine Stütze im Volk zu suchen, boten die Jungtürken alles auf, um den Sultan zu ihrem Gefolgsmann zu machen. Deshalb fanden sie auch den Gefolgsmann des Reichstages U. m. Dieser, der zu Hause ein kleines Reichthümchen nach jungtürkischer Art versuchte, entbehrte seine Selbsterkenntnis mit jenen Revolutionären in Offiziersuniform, die am Tage nach der Revo-

lution sich in Staatsmänner mit Dreißig und Radstiefeln verwandelten.

Die jungtürkischen Offiziere vermochten seinerzeit die Soldatenmassen zum Aufstand gegen die Regierung zu bewegen, weil die Armee der allgemeinen Wehrpflicht die allgemeine Unzufriedenheit des Volks in sich wiederpiegelte. Die türkische Armee hat aber noch ihre eigenen, sehr großen Schwächen. Der Unterhalt der Soldaten war in jeder Beziehung vernachlässigt. Die Finanzen des Staats reichten eben nicht aus, um die Armee zu versorgen. Einzelne Bataillone rekrutierten wiederholt, weil ihnen der Sold nicht ausgereicht wurde. Die ewigen Unruhen sowohl in Macedonia wie in Kleinasien zwangen die Regierung, ein großes Armeekontingent zu unterhalten, als die vorausberechnete Friedenspräsenzstärke betrug. Die vorgeschriebene aktive Dienstpflicht ist drei Jahre. Allein die Regierung, um eine höhere Präsenzstärke zu erreichen, begibt die ausgebildeten Soldaten in der Kaserne. Sie verfuhr dabei vollkommen nach Willkür, ließ die Ausgehenden vier, fünf, sogar sechs Jahre bei der Kaserne stehen, so daß niemand, wenn er zum Militär ging, wußte, wann er frei werden würde. Bei alledem konnte sich jeder Muselman (Christen bilden in der Türkei beinahe ausschließlich) von dem Militärdienst freimachen, wenn er 60 türkische Pfund, das ist etwa 1000 Mark, zahlte, während die Einmohner von Konstantinopel, Schutari, Mekka und Medina überhaupt nicht militärdienstpflichtig waren. Das war ein Privileg für die Befehlshaber. Die Bauern verlasteten oft ihren Grundbesitz über Steuern in die Hände von Wucherern, um ihre Angehörigen vom Militärdienst zu befreien. Die Furcht der Bauern vom Militärdienst pogte aber der Regierung nicht, darum setzte sie ihnen allerlei Schikanen in den Weg.

Man kann sich vorstellen, unter diesen Umständen der Geist in der Armee war. Es nimmt deshalb kein Wunder, daß sie den revoltierenden Offizieren folgte.

Die Revolution hat aber die Finanznot des Staats und seinen Armeebudget nicht verringert. Im Gegenteil, der Konflikt mit Bulgarien, mit Oesterreich, die fortgesetzte Gefährdung des europäischen Friedens, zwingen die Türkei zu größeren Kriegsausgaben, als jemals. Um trotzdem die Soldaten bei gutem Mute zu erhalten, was es erst recht notwendig, die Revolution in eine Wollsbewegung zu verandeln.

Ein Anlauf dazu wurde gemacht beim österreichischen Boykott. Aber diese Rolle von Volksheldentum wurde von den Jungtürken nicht gewollt, sie wurde ihnen durch die Verhältnisse aufgezwungen. Und wenn sie sich schon dazu hergaben, unter nationaler Flagge das Volk zu „leiten“, so waren sie weit davon entfernt, als Bauernführer aufzutreten, und doch war das Bauerninteresse das einzige, wofür sie die Soldaten gewinnen konnten.

Darum hatten die Reaktionäre ein leichtes Spiel, die alte Unzufriedenheit der Soldaten gegen die neue Regierung zu lehren. Die Soldaten führten sich um so leichter in die Menge, als sie sich seit der Revolution als Herren der Situation betrachteten.

Was es nun den Jungtürken mit Hilfe der Truppen in der Provinz gelungen, wieder die Oberhand zu gewinnen, oder nicht, die politische Situation im Lande ist jedenfalls bedeutend verändert. Die Armee war erst durch die Revolution begünstigt, jetzt wird sie - ob so, oder so - demoralisiert. Deshalb sinkt ihr Widerstand sowohl nach außen, wie nach innen, für den Fall von Massenbewegungen. Die Autorität der Jungtürken ist gesunken. Der „Fortschritt“ und die Einheit des Reichs sind nur noch zu erreichen durch eine Bewegung, die sich auf die Volksmassen stützt.

Politische Uebersicht.

Halle, den 19. April 1909.

Für eine verdrängte Reformaktion

Wird der größte Teil der Konservativen schließlich zu haben sein. Die Junker werden dabei zwar immer noch ein sehr gutes Geschäft machen, sie müssen sich aber im Prinzip doch zu einer Art „Zugzwangs“ bequemen, und das ist es, was die stolze „Kreuzzeitung“ schmerzt. Sie schreibt:

Der Fehler, den die verbündeten Regierungen mit ihrem hartnäckigen Festhalten an der Defensiven machen, war nicht sich schon rächen. Es gibt viele konervative Politiker, die das wohl einsehen, aber in der Zwangslage, die eine schnelle Erledigung der Steuervorlagen fordert, ihren Widerstand aufgeben zu müssen glauben. Wir können diesen Standpunkt verstehen, wollen aber nicht verhehlen, daß von einer solchen Nachgiebigkeit unsere Partei schwere Nachteile haben wird, da sich der politische und wirtschaftliche Fehler bald genug sichtbar machen muß. Die Verantwortung wird keine Partei, die ihr zugestimmt, sich abzuwenden können, wenn auch in erster Linie die verbündeten Regierungen die Schuld auf sich nehmen müssen.

So spricht der verlegte Stolz einer herrschaftsgewohnten Klasse. Wie anders der Liberalismus! Er verabscheut „Grundzüge“ hausenweise und verlangt keinen anderen Lohn, als daß ihm ein Minister dafür auf die Schulter klopf.

Die Steuerinteressen.

In der Wochenpresse ist ein höchst ergötzlicher Streit darüber ausgebrochen, wer den Staat am meisten um die Steuern be- trägt: die patriotischen Männer vom Lande oder die aus der Stadt.

Die freireichige Presse erwähnt einen Fall, wonach ein schlechter Rittergutsbesitzer, der 3000 Worgen besitzt, sein Ein- kommen auf 2000 M. angeben hat und dafür 31 M. Steuern be- zahlt. Das Rittergut bildet aber einen eigenen Gutbezirk, für den der Staat einen Zuschuß von 80 M. zu leisten hat.

Die agrarische Presse rächt sich damit, daß sie eine Anzahl Fälle von Steuerinteressen anführt, die von in der Stadt wohnenden Kapitalisten begangen worden sind. — Wenn falls bei dem Streit darüber, wer den Staat am meisten befrucht, nicht die Worte Heinrich Heines ein: „Und es will mich sehr be- denken.“

Professor Dr. L. B. r. d. mit Energie den Kampf gegen die agrarischen Steuerinteressen führt, stützt übrigens einen Rufus aus einem Urteil, das vom Oberlandesgericht Celle am 6. Februar 09 gefällt wurde. Nach Darstellung des Tatbe- standes heißt es hier:

„Kläger behauptet, daß als sein Einkommen das Doppelte der bei der Steuererschließung von ihm angegebenen Beträge anzusehen sei, da, wie der Kreisrichter A. v. gefunden wurde, erfahrungsmäßig das wahre Einkommen bei Landbesitzern das Doppelte ihrer Deklarationswerte.“

Diese amtliche Feststellung ist bezeichnend genug

Der angeknüpfte Beamtenstag

hat gestern in Berlin unter zahlreicher Beteiligung stattge- funden. Die Beamten versicherten natürlich vorerst die „un- erschütterliche Treue dem Kaiser und Landesherren“, wie das der deutsche Beamte nun einmal so tut. Dann wurde in län- gerer Rede betont, daß die gute Stimmung aber erschwert werde, wenn nicht ausreichend für die Erhaltung der Beamten gesorgt würde. Schließlich wurde folgende Resolution angenom- men:

„Die zum ersten deutschen Beamtenstage verammelten Dele- gierten aus allen Teilen Deutschlands richten die von 5000 gleichzeitig verammelten Beamten unterstützte dringende Bitte an die Reichs- und Staatsregierung und an die Parlamente, die Beamtenfrage so schnell wie möglich in den Besitz der ihnen zugehörigen Gehaltsveränderungen gelangen zu lassen. An den deutschen Reichstag aber ergeht die nicht minder dringende Bitte, nicht nur im Interesse der Beamtenfrage, sondern auch ganz besonders aus nationalen Rücksichten endlich die Reichs- finanzreform an einem würdigen Abschlusse zu bringen und dabei nach den Wünschen der Regierung den Besitz in ge- wöhnlicher Weise heranzuführen. Der erst deutsche Beamten- tag, der sich schließlich einmütig seiner Meinung dahin ausdru- ckt, daß die Gehaltsveränderungen nicht einen bloßen Ausgleich für die Entwertung des Geldes herbeiführen, daß aber die bereitete schlechte Finanzlage des Reiches den beschwerten Patriotismus der Beamtenfrage, das Opfer zumuten muß, sich einzuweisen zu lassen.“

Eine weitere Meldung besagt, daß der Hauptredner sehr oppositionell aufgetreten sei, während andere Redner auch am preussischen Reichstagsbauhe (scharfe Kritik geübt hätten. Man habe vorgeschlagen, die Beamten müßten so oppositionell auf- treten wie die Arbeiter. Gegen die Sozialpolitik — die die „nationalen“ Beamtenparteien gerade gemacht haben — wurde ebenfalls protestiert.

Deutsches Reich.

— Die Begründung zur Straßensanierung und der damit im Zusammenhang stehenden Gesetzentwürfe ist im Reichs- tagen losen gegangen. Der umfangreiche Band zählt nahezu 400 Seiten. Großformat. Wenn der Umfang der Begründung mit dem Werte des Inhaltes im Einklang stehen würde, könnte man zufrieden sein.

— Sadow als Sündenbock? Die „Germania“ behauptet zu wissen, daß die Lage des Schachretirés Sadow geklärt seien. Wäre ihm und dem Kaiser bestanden Unimmunitäten; außerdem müßte sich noch einige Einflüsse geltend, die auf den Sadow Sadows hinwirkten. Schon soll die Frage erzwungen worden sein, Herrn Sadow das Kultusministerium anzubieten. Zwar ist ihm dieses Reskript völlig fremd, denn er ist getraut, die der Post gewesen, aber in Preußen ist kein Ding unmöglich. Hier kommt der Verdacht mit dem Amt. Herr Sadow soll allerdings keine Lust dazu haben, diesen Wechsel mitzumachen; er soll vielmehr entschlossen sein, ganz aus dem Dienste des Reiches zu scheiden, wenn die Finanzreform nicht zustande kommen sollte. In der Tat macht Herr Sadow

auch nicht den Eindruck eines „Rebes“, das untergehelt. In vorzillhaft von seinem Vorgehen.

— Ein neuer Brautweibererwerb. Wie verlautet, hat der Abg. Dr. K. A. eine neue neue Vorlesung, die Brautweibererwerb betrie, veranlaßt. Es ist beabsichtigt, die agrarische Spirituszentrale zu verstaatlichen. Das wäre das Monopol in einer Form, die sich nur wenig von dem ursprünglichen Ent- wurf der Regierung unterscheiden.

— Die Städtewahl in Stab-Bremersdorf. Bei der am Sonn- abend stattgefundenen Städtewahl, die für uns von besonderer Wichtigkeit war, erhielt Dr. Hoppe (nationalliberal) 10 688, Meier (Sozialdemokrat) 6814 Stimmen; ersterer ist so- mit gewählt.

Die Freireichigen hatten einen begünstigten Aufschwung der Nationalliberalen erlitten; etwas zurückfallender war der „Bund der Landwirte“, der in seinen Aufschwung:

„Kraus der besonders von nationalliberaler Seite erfolgten, unklaren, ehrerbietenden Angriffe gegen die Wirtschaftliche Vereinigung, gegen den Bund und seine Führer, bitte ich meine Anhänger, so schnell es möglich ist, zu er- nerten werden, bei der Städtewahl für Dr. Hoppe stimmen zu wollen.“

Der weilsche Kandidat hatte es abgelehnt, eine Städtewahl- parole auszugeben. Der Ausfall der Wahl beweist aber, daß die bürgerlichen Wähler trotzdem ziemlich geschlossen hinter dem Nationalliberalen standen.

— Die Beamtenbesetzung. Das preussische sog. Herrenhaus, dessen Zustimmung zur preussischen Reformform noch aussteht, hat diese Materie einer Kommission überwiesen. Diese Kommission hat nun beschlossen, daß zwar die Gehalts- aufbesserung rückwirkende Kraft vom 1. April 1908 an erhalten solle, dagegen soll das Wohnungsgeld diese rückwirkende Kraft nicht erhalten, sondern erst vom 1. April 1909 an gerechnet werden.

— Frauenstudium. Der Reichstagsrat berät sich über einen amtl. Erlass über die Zulassung von Frauen zum Studium an den technischen Hochschulen, wonach als Studienende der technischen Hochschulen vom Sommersemester 1909 ab auch Frauen zugelassen werden sollen, es aber in allen Fällen bei 3- und Ausländerinnen der „Genehmigung des Ministers“ bedarf.

— Ein Dementi. Durch die bürgerliche Presse war die Nachricht verbreitet worden, daß beim Garderegiment eine neue Strafabteilung eingerichtet worden sei, die wegen Diebstahls und anderer Vergehen bestraft worden sind oder sich sozialdemokratischer Umtriebe schuldig gemacht haben.

Dazu wird nun amtlich erklärt, daß letzteres nicht richtig sei; denn dieser Strafabteilung sollen nur Mannschaften des Beurkaufstandes des Garde überwiegen werden; die zivil- gerichtliche Lösung solcher Vergehen bestraft worden sind, die un- zweifelsfrei eine ehrlose Beförderung erkennen lassen.

— Die preussische Sparpolitik wird durch folgende Mit- teilungen wieder einmal in greller Beleuchtung gezeigt: In dem großen Eisenbahntunnel bei Gochem an der Mosel, dem sog. Kaiser-Wilhelm-Tunnel, ist dieser Tage ein Mottenfresser tödlich beunglückt. Er wurde von einem den Tunnel durchfahrenden Zuge erlegt und so schwer verletzt, daß er bald starb. Es ist dies der vierte Unfall ähnlicher Art in den letzten vier Jahren, der Mottenarbeiter und Motten- fresser traf. Nach den Mitteilungen der „Trierischen Landes- zeitung“ sind die Unfälle auf die Zustände in dem Tunnel zurückzuführen. Es ist in dem Gochem Tunnelportal er- stiegen. Es ist in der Tat ein Unfall, der zu den in diesen Tagen so häufigen Unfällen der Arbeiter in den Tunneln zusammen- und beaufacht den Arbeiter nicht nur gesundheitsliche Beschwerden, sondern verperert ihnen auch die Aussicht, so daß tödliche Unfälle der verletzten Art unvermeid- lich sind.

— Ein „Kultur“bild. In Wodenheim bei Frankfurt a. M. war am 6. März eine dort wohnende Witwe Weder in Haft genommen worden, weil sie ihre Kinder vom katholischen Reli- gionsunterricht fernhielt und in freierwilliger Unterirdigkeit schickte. Gestern wurde die Frau zum zweiten Male aus dem gleichen Grund in Verhaftung genommen, da sie auf ihrer Verur- teilung die Kinder zur katholischen Kirche zu schicken, beharrte. „Begründet“ wird die Haftstrafe mit einer in Wodenheim noch gültigen Verordnung aus dem Jahre 1726.

Die Wirren in der Türkei.

In Saloniki und ganz Macedonien entfallen die Jung- türken eine eifrige Tätigkeit, um ihre Anhängerschaft zu sam- meln und zum Angriff auf Konstantinopel zu führen. Das 3. und 4. Armeekorps soll der jungtürkischen Sache treu ge- blieben sein. Mit diesen Truppen, zu denen sich noch ein großer Teil Freiwilliger gestellt, sind sie der Militärmacht, über die die Reaktion verfügt, bedeutend überlegen. Dabei werden die jungtürkischen Truppen von tüchtigen Offizieren befehligt, die ihre militärische Ausbildung zum Teil in der deutschen Armee erhalten haben. Major Ender Bey, der bekannte Führer der jungtürkischen Bewegung, organisiert und leitet die gegen Konstantinopel gerichtete Aktion der Jungtürken in Saloniki, und die gesamte macedonische Bewegung untersteht dem Kommando von Mahmud Scherif Pascha, einem Militär und Organisturten ersten Ranges. Dieser Offizier war längere Zeit in Deutschland, hat viel modernen Ansichten und beherrscht auch die deutsche Sprache vollständig.

Das Führermaterial der Konstantinopeler Truppen ist minderwertig und besteht zum Teil aus Unteroffizieren und Feldwebeln oder Offizieren der alten Schule. Wenn die Truppen in Konstantinopel nicht kapitulieren, so scheint der Bürgerkrieg, der möglichweise in ein- wöchigen schon ausgebrochen sein kann, unermesslich, denn die Jungtürken befinden sich bereits auf dem Marsche nach der Hauptstadt des türkischen Reichs. Ueber den Ausgang des etwaigen Kampfes lassen sich natürlich nur Vermutungen anstellen, da das türkische Volk, das sich vor- läufig noch mehr passiv zu verhalten scheint, ein unberechen- barer Faktor ist; die Agenten des Sultans und die Geistlichen haben die nationalen und religiösen Instinkte der Masse bereits mit Erfolg ausgeschaltet.

Ein wichtigen Meldungen liegen vor: Konstantinopel, 18. April. Die Bewegung hat hier den Charakter eines Kampfes zwischen der „Alaiddi“, den aus den Truppen hervorgegangenen Offizieren, und den „Methschis“, den akademisch gebildeten Offizieren angenommen. Dieser Kampf hat eine Reihe von scheinlichen Worten gezeigt. Großenhafter Einzelheiten über die Ermordung von 200 aus der Kriegesflotte hervorgegangenen Offizieren werden erzählt. Es wurde gestern der bekannte General Zogor Pascha, der früher kürkischer Gesandter in Madrid war, in seiner Wohnung ermordet. Vorgeschieden wurden zwei junge kantonale Offiziere in Anwesenheit erschossen und geköpft, nach alle Methschisler in der Kanonierkaserne von Zogor Pascha vor den Toren Stambulns von den Soldaten getötet. Der letzte Vorgang soll sich folgendermaßen abgepielt haben: Ein Hofbeamter, der die Soldaten führte, ließ alle Offiziere in den großen Kasernen- park führen und verlangte von ihnen den Schwur auf das Scheriat. Da die Offiziere, 25 bis 30 an der Zahl, den Schwur nicht leisten wollten, weil sie keinen Befehl dazu hätten, wurden sie gefesselt und dann erschossen oder erdrosselt. Die Empörung über diesen gemeinen Mord ist allgemein. In einer Versammlung schlossen sich gestern die Vertreter aller politi- schen Parteien unter dem Namen „Union Ottomane“ zusammen, um das Vaterland und die Konstitution zu schützen und die Ruhe wieder herzustellen. Ob diese Vereinigung von Dauer sein und eine gewisse Wirkungsfähigkeit erhalten wird, muß abgewartet werden. Inzwischen hat die Kammer wieder ge- schlossen. Es waren im ganzen 191 Stimmen zugegen. Zum Präsidenten wurde Nail, der Kandidat der Jungtürken, ge- wählt.

Konstantinopel, 18. April. Hier herrscht abendauernd Ruhe. Die Zeitungen bleiben bemüht, auf das Militär und die Bevölkerung befehlend einzuwirken. Unter Vorbehalt des Sultans fand gestern im Yıldizpalast ein wichtiger Ministerrat statt, in welchem beschlossen wurde, neuerdings eine Pro- klamation zu erlassen, worin der Sultan und die Regierung auf das Bestimmteste versichern, an der Verfassung nicht (?) rütteln zu wollen und die Bevölkerung des ganzen Reichs auf- gefordert wird, zur Ruhe und Ordnung zurückzuführen.

Wie n. 18. April. Die Mächte der Triple-Entente verständigen sich dahin, zum Schutze des Lebens und Eigentums ihrer Staatsbürger Schiffe in die Nähe von Konstantinopel zu schicken. Es ist noch nicht genau bekannt, in welche Häfen die Kriegsschiffe, Russlands, Englands und Frankreichs, entsendet werden. Es besteht die Möglichkeit, daß Russland bei dieser Gelegenheit versuchen könnte, die Darbanelkanäle auf eigene Faust zu lösen.

Konstantinopel, 18. April. Die Jungtürken erklären, daß sie nach Konzentrierung der ihnen treu gebliebenen Trup- pen mit 10 000 Mann nebst Artillerie auf Konstantinopel mar- schieren würden. Es sind der Ansicht, daß die Konstantinopeler Garnison ihnen ernsthaften Widerstand nicht entgegensetzen

Berthold Meryan. (Nachdr. verb.) Roman von Cornelia Hutgens. (Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.)

„Du bist nicht für ganz leicht aus dem Felde zu schlagen,“ fuhr er nach kurzer Pause fort. „So konnte zum Beispiel der Sturm, den du hast in deinem Blatt und durch dein persönliches Auftreten gegen mich entfesselt, nachdem ich ihm eines Abends die verhängnisvollen Folgen seiner anarchischen Politik öffent- lich vorgehalten, mich vielleicht einen Augenblick entmutigen, aber keineswegs beugen. Umgekehrt um dieselbe Zeit geschah jedoch etwas anderes, das mich vollständig erdarrtete, weil ich als Neuling in der Lebensschule des Lebens noch gänzlich unversahren war.“

„Du meinst, ich bin erst mit meinem aemdenbreitigen Jahre hier aus Voluptuismus gekommen. Als ich in Widdel- burg, wo mein Vater ein Bankgeschäft hat, die höhere Bürger- schule beendet hatte, nahm er mich erst auf sein Bureau und schickte mich mit anfangs Jahren nach Amsterdam, um mich bei einem seiner Freunde in der Branche weiter auszubilden zu lassen. Ich habe diese Beschäftigung, aber die Aussicht, mich in der Hauptstadt in meinen Breiten bewegen und freige- wähltes bringen zu können, was damals bereits in mir gährte, überwand diesen Haß.“

„Durch glückliche Umstände kam ich zufällig mit einer Gruppe von jungen Leuten in Verbindung, mit echten Himmelstürmern von glänzenden Anlagen und von einem unwiderlichen Entwid- lungsbuch, die nach neuen Schicksalsfeldern in allen Lebensbeziehungen von Kunst, Wissenschaft und Gesellschaft lebten und mit beispielloser Kühnheit neue Bahnen entwarfen und eine reiche Ernte von jungen, freistehenden Menschen über das Land ausstreuten. Es war ein fest zusammengehörender Freundeskreis, der in jugendlichem Übermut, jeder auf seinem Gebiete, einen wahren Exzentrismus ausübte. Und in diese tonst für einen jeden verschiedenen Gruppe wurde ich aufgenommen, und zum erstenmal in meinem Leben konnte ich mich frei be- wegen und jedem Gedanken und jeder wilden Meinung meiner Phantasie freien Ausdruck geben. Wie schön, wie weit- reichend waren unsere Träume, unsere Visionen! Es würden die glücklichsten Jahre meines Lebens gewesen sein, wenn ich mich bei dem Aufstauung meines geistigen und intellektuellen

Lebens von dem verhaften hätte, in welchem mich mein Vater erzogen, nicht gefesselt gefühlt hätte. Weil er mich jedoch in meiner politischen Ueberzeugung ganz frei ließ, wollte ich ihm gefälliglich auch ganz zu Willen sein.“

Es gehörte zu meinen Eigenschaften, täglich zur Börse zu gehen, nicht für Speculationsgeschäfte, die mich angezogen haben würden, sondern um Besetzungen von unseren Kunden auszu- rüsten. Eines Tages, als die Bourgeoisie einen verzeihen und lügenhaften Bericht über eine Verarmung gebracht hatte, in der ich das Volk zur Anwendung von Gewalt aufgefordert haben sollte, wurde ich gewaltsam aus der Börse fortgedrängt. Weist Du aus, was das bedeutet?“

„Ja, Berthold, was das bedeutet?“ erinnerte sich plötzlich, daß Johann, wie er, Verthold, vor diesen Jahren aus der Schule nach Hause gekommen, sich vor Freude die Hände rührte, weil auf der Börse „ein sozialistischer Halunke“ unter allgemeinem Wehklagen gerührt worden war, daß er wie tot ins Bolzge- bureau getragen worden mußte. Er, Verthold, hatte sich dann neugierig an den Vater gewendet mit der Frage, was es zu be- deuten habe, „auf der Börse hinausgedrängt“ zu werden. Und der Vater, der sich ebenfalls recht zu freuen schien, hatte ihm auseinandergesetzt, daß dieses Verdammt der Erlösgerichte „einem Aufstieglager“ aufgedrückt worden sei.

Das wäre also Marxialis gewesen. . . der Mann mit den ersten, stolzen Jügen, der ihm jetzt gegenüber saß, der Mann, den er, nachdem er ihn den ganzen Winter hindurch in seinem Tun und Lassen näher beobachtet, seinen Freund zu nennen sich nur zu gerne anerkennen würde.

„Weist Du, was das bedeutet?“ fragte Marxialis nochmals. „Ja, ich weiß es.“

„Es traf mich ganz unvorbereitet, weil ich mir nicht bewußt war, an dem vorübergehenden Abend in irgendeiner Hinsicht etwas gesagt zu haben, was ich der Bourgeoisie nicht voll- ständig hätte veranworteten können. Aus diesem Grunde mußte ich entweder mitverdienen sein, oder man suchte mit Absicht einen Stempel gegen mich zu injizieren. Wie den auch sein mag, kann mir ich auf der Börse erwidern, da wurde ich auf in die solchen Fällen übliche Weise, ohne daß man sonst sich an mir vergreift, mit vereinten Kräften zur Türe hinausgedrängt. Nach allem, was ich Ihnen erfahren hatte, konnte eine Demos- tration vor gewissenlosen Börsenspekulanten mich nicht mehr außer Fassung bringen. Aber was draußen auf dem Bor-

platz geschah, wo ein Haufen Volk zusammengeköpft war und auf die Dinge, die da kommen sollten, offenbar wartete. . . darauf war ich nicht vorbereitet. Es erhellte mich in einer fernen Weise, wie ich nicht glaudte, daß mich etwas erschüttern könnte — nicht aus Furcht, denn ein lächerlicher Schreck war in jener Stunde eine Wohlthat für mich gewesen, sondern weil ich die Unglücklichen in demselben Augenblick, als sie mich verhöhrten, und mit Steinen bewarfen, liebte und daran bezweifelte, daß die Schidten von unserer Arbeit jemals erreicht und die armen vernachlässigten und gedankenlosen Geschöpfe jemals zu Menschen würden erzoget werden können, zu Menschen nichtigen- stens, die Strunde und Feinde beieinander zu untergeben vermöchten.“

„Nachdem die Polizei der Sache endlich Einhalt getan hatte und ich nach meiner Wohnung zurückkehren konnte, fühlte ich mich gebrochen, vermindert und aufgebracht, sowohl den Kampf, den ich begonnen, fortzuführen, als auch das gewöhnliche, nie- der, schließliche Ziel meines Lebens, in die Jugend an mich, der gleichen Sache, mitzugeben.“ In die dieser erhellten Stunde kam ganz unerwartet meine Mutter zu mir — meine Mutter, deren Geisteslicht ich auch bin, und durch ihr Kommen wurde ich gerettet. Wie durch ein Wunder war sie an jenem Tage in Amsterdam bei einer Schwester von mir eingetroffen. . . und, ohne von meiner Seite zu wissen, blieb sie den folgenden Tagen in ganz Amsterdam, bis der Sturm sich gelegt und mich wieder beruhigt hatte, bis der Sturm sich gelegt und mich wieder beruhigt hatte.“

„Und dieses ist nun bloß eine von den vielen Erfahrungen, denen man sich aussetzt, wenn man seinen Nächsten wirklich liebt wie sich selbst und dem Glauben an eine höhere Kultur und an eine höhere Gesellschaftsberühmtheit als wie die heutigen sich hingibt.“

„Wie vertriebe nun vollkommen Deine Auffassung,“ sagte Verthold, seine Gemütsbewegung zu beruhigen suchend. „Es war nicht auf meine Selbstkritik, die noch gar nicht erprobt ist, mich verlassen zu wollen. Aber eben deshalb möchte ich sie so gerne mal einer Probe unterwerfen.“

„Das habe ich auch erwartet,“ erwiderte Marxialis, „ich hielt es für meine Pflicht, Dich etwas zu erwidern, weil ich die Auswirkung der Gedanken, die in meiner Bewegung ihre Auswirkung auf Dich ausüben, nicht absehen konnte. Ich will nicht, daß Du auf einer Propagandareise durch den näch- sten Teil meines Landes begleitest.“

„Gewiß, außerordentlich gerne!“ (Fortsetzung folgt.)

werde. Die Unruhen in Anatolien werden von ihnen als die erste Folge der antikonstitutionellen Bewegung und des reaktionären Fanatismus angesehen.

Saloniki, 18. April. Hier herrscht ziemlich Unruhe über die Situation in Konstantinopel. Das Komitee für Einheit und Fortschritt erhielt aus einer Deputation der Heraklean Partei 'Amisio' die Zusicherung, daß diese sich den Bestrebungen der Jungtürken nicht widersetzen werde. Im türkischen Stadteil wurden Flugblätter mit aufreißendem Inhalt aufgefunden und es sind die erforderlichen Vorkehrungen getroffen worden. Ende der Woche, der hier nach seiner Ankunft intendiert wurde, erklärte, daß er volles Vertrauen in die Zukunft habe. Das zweite, dritte und vierte Armeekorps würden bis zum Tage (1) vereint bleiben. Ende der Woche wird ein Vorstoß nach Konstantinopel mit von hier aus gegeben werden.

Saloniki, 18. April. Ein Spezialzug mit Artillerie ist nach Marabi abgegangen. Ende der Woche sind das Bataillon auf das Gefolge der geteilten Aufgabe gefahret. Er ermahnte das Volk, sich an der Verfassung zu halten. Amiga bot 200 Mann an bulgarische Freiwillige an, die das Komitee annahm.

Ueslib, 18. April. Auf der Durchreise von Wien nach Saloniki wurden Ende der Woche von allen Nationalitäten freimüthig begrüßt. Beide erklärten, die Vorgänge in Konstantinopel seien rein reaktionärer Natur, sie bilden aber bei der Faltung der Bevölkerung und des Offizierskorps und auf Grund der aus allen Teilen des Reichs einlaufenden Depeschen mit größter Zuversicht in die Zukunft.

Ueslib, 18. April. Laut glaubwürdigen Nachrichten werden heute Ende der Woche und Rijazi die mit 6000 Mann von Saloniki vor Konstantinopel stehen. Der bekannte Gegner der Jungtürken, der Priester Puffi, agitiert in Albanien unter den Albanesen und predigt in den Uesliber Moscheen, die Jungtürken hätten gegen hohen Pachtisch Bosnien und die Herzegowina verlaßt.

Konstantinopel, 18. April. Mustafa Pascha, der aus Konstantinopel geflüchtet und in Saloniki eingeflohen ist, hat sich den Jungtürken wieder angeschlossen.

Ueslib, 18. April. Die Albanesenführer berathschlagten mit den jungtürkischen Offizieren über den Womarisch Freimüthigen. Man vereinbarte ein Zusammengehen von Offizieren und Moslems. Die Freimüthigen wurden von Komitee für Einheit und Fortschritt angenommen. Die Entfesselung fällt nach Eintreffen sämtlicher Albanesenführer. Auch die Albanesen zweifeln an der Loyalität des Sultans hinsichtlich der Konstitution.

Konstantinopel, 19. April. Generalstabeschef Hagel ist gestern nachmittag mit zehn Offizieren nach Tschemetze abgegangen, angeblich um die Truppen zu beruhigen, wie aber von gut unterrichteter Seite gemeldet wird, um mit dem Generalstab zu den Saloniker Truppen überzugehen. Der Sultan hielt gestern ein außerordentliches Sammelamt ab, offenbar um die Truppen, bei denen sich sehr wenig Offiziere befinden, in der Nähe des Jildis zu konzentrieren. Die Militärverwaltung, die bei der Anatolischen Bahn Militärlüge für die Weimarerförderung der Referisten bestellte hatte, hat diese Ordre wieder rückgängig gemacht. Einige Stellenveränderungen bei den Kriegsschiffen werden lebhaft kommentiert.

Saloniki, 19. April. Der Gouverneur von Saloniki und der Kommandant des dritten Armeekorps erhielten aus Konstantinopel Telegramme mit dem Befehl, den weiteren Vorwärtsschritt der Jungtürken zu verhindern, damit eine Katastrophe vermieden werde. Die beiden antworteten aber, das Komitee verweigere der Regierung energisch den Gehorsam und sei entschlossen, im Einklang vorzugehen und den Nachzug mit aller Gewalt anzuführen.

Konstantinopel, 19. April. Der Ministerrat beschäftigte sich gestern mit den inneren Fragen des Landes. Alle Städte Magdoniens und verschiedene Anatolischen sandten Protesttelegramme gegen die Reaktion. Aus Karfus werden große Meutereien berichtet, ebenso aus den Dörfern bei Wana.

Sofia, 18. April. Hiesige Wälder melden aus der Grenzstadt Mustapa Pascha, daß die dortigen türkischen Soldaten Gewalttaten gegenüber den bulgarischen Einwohnern verübt hätten. Es sei zwischen den Soldaten und den Bulgaren zu blutigen Schlägereien gekommen. Diese Nachricht, sowie die letzten Meldungen über zunehmende Wirren in Magdonien rufen unter der hiesigen Bevölkerung große Erregung hervor. Die hiesigen magdonischen Führer hielten gestern eine Versammlung ab, in der sie über die evtl. Stellungnahme der reaktionären Komittees gegenüber den neuen Ereignissen berieten.

Die Aktion der Mächte.

Konstantinopel, 19. April. Der russische Kreuzer 'Terek' hat am gestrigen Abend den Bosporus passiert. Das Ziel des Schiffes ist der Piräus. Wie es heißt, haben die Mächte bei der Fortie um die Erlaubnis nachgesucht, ein zweites Stationschiff in den türkischen Gewässern zu halten, wie es bei den armenischen Unruhen der Fall gewesen ist.

Rizza, 19. April. Das Dampfschiff 'Vertis' hat Proviant an Bord genommen und wird nach dem Piräus abgehen. Der Kreuzer 'Zulesferi' mit dem Admiral Pivet an Bord, ist heute morgen nach den türkischen Gewässern abgegangen.

Italien.

Sum Müdrücht des Oberstertribunal.

Der durch systematische Uebergangung durch die Regierung veranlaßte Müdrücht des gesamten hiesigen Ausschusses des obersten Arbeitsrats wird in der italienischen Deputiertenkammer zur ausschließlichen Erörterung gelangen. Genosse Turati hat, indem eine Interpellation eingebracht, in der der Minister für Ackerbau, Industrie und Handel, Cocco Ortu, aufgefordert wird, sich über die Gründe zu äußern, die zum Müdrücht des hiesigen Ausschusses geführt haben.

Die italienische Generalkommission der Gewerkschaften (Rat der Arbeitskonföderation) hat von Turin aus ein scharfes Mißtrauens-Telegramm an den Minister Cocco Ortu gefandt.

Das Telegramm lautet: „Der Letzende hat der Konföderation der Labor“, in schändlicher Eile gesteuert, billigt die Amtsindeberlegung des hiesigen Ausschusses des obersten Arbeitsrats und drückt im Namen der Arbeitskonföderation seine Enttäuschung über die fortgesetzte und systematische Obstruktion aus, die gegen die Tätigkeit des obersten Arbeitsrats und der Generalsekretion betrieben worden ist.“

Einem bürgerlichen Intermediär gegenüber hat Genosse Turati seine Meinung über die Krise dahin ausgesprochen, daß der zurückgetretene Ausschuss nur dann seine Funktionen wieder aufnehmen werde, wenn die Erklärungen der Minister bei der Beantwortung der Interpellation befriedigend ausfallen werden. d. h. wenn Ausschuss und Plenum des Obersten Arbeitsrats Gemäß dafür erhalten, künftighin nicht bloß eine Ergänzung auf dem Papiere zu führen. Da es schwer sein dürfte, den Ausschuss anderweitig zu befehlen, und da es Willkür doch kaum wegen wird, durch offizielles Eingeländnis der Aufrechterhaltung des obersten Arbeitsrats das gesamte italienische Proletariat und alle sozialpolitisch getimmten bürgerlichen Kreise gegen sich aufzubringen, so werden, meint Turati, die Erklärungen befriedigend ausfallen.

Frankreich.

Der Streik in Peru.

Der Knopfmacher-Streik von Peru im Department Oise neigt sich seinem Ende zu. Er war wochenlang auf einen Teil der Werkstätten von Peru beschränkt und zog sich durch die Hartnäckigkeit der Unternehmer sehr in die Länge. In denselben Augenblick, als die radikale Partei den sozialistischen Kongress in Saint Etienne Wahlbündnis-Vorschlüge übersandte, sandten die Organe der radikalen Regierung bewaffnete Verbrüderungsgrüße in das Streikgebiet, bestehend aus 1/2 Duzend Schwabronen Langen- und Fangeriere, mehrere Kompanien Infanterie und ein paar 100 Gendarmen. Den Schanzwachen und sogar den Gendarmen wurde Geschäftsschluß zu früheren Abendstunden befohlen und ihnen verboten, Auswärtigen Logis zu geben. Kurzum die Maßregeln der regierenden Radikalen Frankreichs nehmen sich aus wie eine gestreue Wiederholung der Anordnungen des Autors, bei jenem großen, noch heute unversenkten Streik im letzten Jahre des Bismarckschen Regimes. Trotz der radikal-militärischen Disziplinierung zumunten der Unternehmer ist es den Streikenden gelungen, mit dem größten Teil ihrer Forderungen durchzudringen. Ein Generalstreik von 24 Stunden im ganzen Gebiete der Knopfmacherei von Oise hat genügt, um die Unternehmer bei 1/2 Duzend etwa zum Frieden geneigt zu machen.

Rußland.

Eine Quatität.

Im Laufe des März wurden in Rußland 143 Personen zum Tode verurteilt, 52 wurden gefängnis. In Kamboja und Kuch haben drei zum Tode Verurteilte Selbstmord begangen. In Kamboja überfielen sie einen Gefängniswärter, entziffen ihm einen Revolver, um ihn gegen sich zu wenden. Im Verlauf des ersten Vierteljahres 1908 wurden insgesamt 886 Todesurteile ausgesprochen, 230 ausgeführt. Die Zahlen der Presse finden ihren Ausdruck in folgender Statistik: In den ersten drei Monaten des Jahres 1909 wurde die Presse im administrativen Wege in 67 Fällen mit 30 675 Rubel Strafen belegt. Der Fall Uge folgte der bürgerlichen „fortschrittlichen“ Presse großartig Rubel.

Soziales.

Die Zahl der Verzte in Deutschland.

Anlässlich der in letzter Zeit oft hervorgetretenen Konflikte der organisierten Verzte mit Krankefamilien usw. ist oft darauf hingewiesen worden, daß die letzte Ursache dieser Kämpfe in der rapiden Vermehrung der Verzte liege. Diese rasche Zunahme habe zu einem Ueberfluß an Verzten geführt, welchem besonders durch die freie Arztwahl bei den Krankefamilien begegnet werden soll.

Die Statistik bestätigt die erhebliche Zunahme der Verzte. Ihre Zahl stieg von 15 764 im Jahre 1886 auf 27 374 im Jahre 1900 und 31 640 im Jahre 1906, hat sich also in den letzten 23 Jahren mehr als verdoppelt. Im Jahre 1901 kamen auf 10 000 Einwohner 492 Verzte, im Jahre 1906 aber 6,02. Mit der Pringling in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ darlegt, ist für die nächste Zeit eine weitere erhebliche Vermehrung der Verzte zu erwarten.

Auf die einzelnen Landesteile verteilen sich im Jahre 1906 die Verzte wie folgt: Ostpreußen 689, Westpreußen 633, Pommern 608, Rheinproving 3215, Bayern 3457, Königreich Sachsen 295, Württemberg 1045, Baden 1263, Hessen 747, Braunschweig 266, Thüringen 706, Elsaß-Lothringen 902 usw. Eine Hauptanziehungskraft auf die Verzte üben die Großstädte aus. In den Jahren 1906 bis 1908 stieg die Zahl der Verzte in Groß-Berlin von 3418 auf 3732, in den übrigen Großstädten von 8516 auf 8900. Auf 10 000 Einwohner kamen im Jahre 1906 8 Verzte in Wiesbaden 25,8; München 15,8; Straßburg 14,2; Groß-Berlin 12,3; Frankfurt a. M. 12,1; Breslau 11,6; Königsberg 11,2; Hannover 10,9; Dresden 9,8; Köln 9,7; Leipzig 9,4; Düsseldorf 8,4; Magdeburg 8,2; Hamburg 7,7; Bremen 7,1; Wanneim 7,0; Elberfeld 5,7; Chemnitz 4,8; Essen 4,5; Duisburg 3,0.

Die Zahl der Arztinnen ist 55, die fast alle auf die Großstädte kommen. In Berlin allein sind 27, in Breslau 5, in Frankfurt a. M. 4, in München 3, in Hamburg und Dresden je 2. Weit widmen sie sich der allgemeinen Praxis, manche der Frauen- und Kinderheilkunde, in Berlin eine der Heilung von Geschlechtskrankheiten.

Eine händige Entlohnung zeigt das Spezialistentum, besonders in den Großstädten. In diesen stiegen sie von 4004 im Jahre 1906 auf 4575 im Jahre 1908. Damit kamen im Jahre 1908 auf 10 000 Einwohner 3,44 und auf 100 Verzte 34,6 Spezialärzte. In Berlin allein waren 1194 vorhanden.

Kommunales.

Kommunalaufgaben.

Bei den Stadtverordneten-Sitzungen haben. Ergänzungswahlen der dritten Klasse in Lübbede (Westfalen) wurden zwei Genossen mit 152 bzw. 154 Stimmen gewählt. Die bürgerlichen Kandidaten erhielten 73 bzw. 62 Stimmen.

Gewerbegericht Halle.

Engagiert, aber nicht eingestuft hatte der Gehilfen Reichardt die Kellnerin Emma von Berlin. Als das Brauhaus hier am Abend des 27. Februar im Lokal des Beklagten erschien, um, wie verabredet, die Stelle als Kellnerin einzunehmen, wurde sie von dem Wirt zurückgewiesen mit dem Bemerkten, er habe geglaubt, sie habe etwas anderes gefunden. Früherhin Eruption miedle unvertreteter Sache wieder nach Berlin gehen und Beklagter einen Schadenersatz von nur 15 M. Nachdem dem Wirt hiergegen abgetreten war, daß sein Verbalten nicht die Zustimmung des Gerichts finden könne, erkannte er die Forderung von 15 M. als berechtigt an.

Unpünktlichkeit im Dienst löst das Vertragsverhältnis. Der Dienstarbeiter Reichardt klagte gegen das Geschäftsbüro Reichardt in wegen Unpünktlichkeit Entlohnung und verlor. Vom 2. März bis zum 2. März 43 Pfennig. Manerfeld wurde die Zahlung verweigert mit dem Hinweis, Kläger sei im Dienst lo unpünktlich gewesen, daß sich seine Mitarbeiter darüber beschwert hätten. Kläger behauptete aber nur durch Krantheit unpünktlich geworden zu sein. Das Gericht nahm aber das Gegenteil als erwiesen an und wies den Kläger mit seiner Forderung ab.

Einem Vergleiche schloßen der Kellnerin Arndt und der Gastwirt Kramer. Arndt hatte sich länger Zeit wiederholt in Kramers Gastwirtschaft Sonntags als Ausschaltener gewirkt und gewöhnlich vor Sonntag 8 M. Einnahme gehabt. Als er sich auch am Sonntag, den 21. März zur Tätigkeit einstellte, wurde er zurückgewiesen. Er verlangte nun eine Entschädigung im Betrag von 8 M. Arndt verlangte, daß der Kläger sich verpflichten solle, bezüglich des Sonntagserwerbungs immer Freitag vor nachzutragen. Dies habe er vor dem 21. März unterlassen. Die Parteien einigten sich dahingehend: Kläger erhält 4 M.

Gerichtsstaal.

Strafkammer.

Halle a. S., 17. April 1909.

Vorländer: Landgerichtsdirektor Schuberz; Ankläger: Staatsanwalt Parg.

Vom S 175. Ein hiesiger 33jähriger Kaufmann verkaufte am 1. März nachmittags nach einem Tages von seinen Kindern in seinem Laden nach Kasse. Er nahm den Jungen denn mit in sein Kontor und suchte am ihm ein Stillschreiben vorzulegen. Der Beschuldigte ist wegen Vorname unzulässiger Handlungen an einem Schuldenbuche mit neun Monaten Gefängnis verurteilt. Bei dem Verurteilten am 1. März, er ist infolge Arbeitslosigkeit zum Ruhezuge genötigt gewesen sein. Das Gericht hat bei der Verurteilung die Beschuldigten eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten für angebracht. Wegen des Raubvertrages nach 2 Uhr hat der Angeklagte ein Strafmandat erhalten.

Schöffengericht.

Wer mißhandelt wird, muß auch helsen können. Diesen Grundsatz hat ein Angeklagter der Schwägerin eine Kracht Prügel bekommen hatte und die Kracht Prügel hinunter geworfen worden war. Der junge Mann, der sich der Verübung des groben Unfalls schuldig gemacht haben soll, lebt von seiner Frau getrennt und wolle eines Tages sein Kind, das sich bei der Frau in Pflege befindet, holen. Da der Mann sich Frau schuldig gemacht haben soll und er sich in der Wohnung der Schwägerin unzulässig benahm, beantragte die Witte seiner Gattin das Kind und warfen den Schwäger die Kracht hinunter. Unten angekommen, lief der Mann vor die Tür und heulte, wodurch die Miße geortet sein sollte. Das Gericht sprach den Mann frei, da eine Verletzung der Allgemeinheit nicht festzulegen und der Angeklagte nur seinem Schwägergeißel Ausbruch gegeben habe.

Rechtsinvalidentkreise beschäftigen das Gericht bis 5 Uhr nachmittags in Verleumdungssachen, die ein hiesiger Privatsekretär und ein Stellenvermittler gegen einander anhängig gemacht hatten. Im Sommer voriger Jahres erschienen in unserem Volksblatt und im „General-Anzeiger“ Ansetze, in denen der Stellenvermittler aufforderte, Material zu sammeln gegen den Rechtsinvalidenten, der sich mit Vorwissen Privatsekretär nenne. Alle, die mit dem Manne schon in unliebsamer Verührung gekommen seien, sollten sich melden. Dann darf man sich in Briefen und Eingaben an die Staatsanwaltschaft vor, man habe verurteilt, einen Kriminalbeamten zum Weineid zu verleiten, Erpressungen begangen, bei drohenden Strafgewaltigen Geld beistehe gestiftet usw. Der Stellenvermittler wollte den früheren Kollegen „zum Anien“ bringen und so lange werden, bis der Privatsekretär da sei, wo er hin gehöre. Es wurden Briefe verlesen, in denen man sich „großreißiger Verbrecher“, Schürzenjäger, a den Saierberg“, „Lügenfack“, „Mißling“ usw. nannte. Der Privatsekretär fühlte sich auch dadurch verletzt, daß man ihn als „eind und bloß“ bezeichnet hatte. Kurzum, der Prozeß führte einen Schmutz autage, der jeder Verleumdung spottete. Jeder, der sich mit solchen Leuten in Gespräche einläßt, ist zu bedauern. Erst wenn die Streitenden große Freunde gewesen, vor Gericht aber bes reuten sie es, sich gegenseitig kennen gelernt zu haben. Nebenher helsen Angeklagten wegen Entlohnung des Gewerbes usw. Die Verhandlung hatte das Ergebnis, daß der Stellenvermittler zu 110 Mark und der Privatsekretär zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Dem einen Privatkläger wurde die Publikation des Urteils im Volksblatt und im General-Anzeiger aus gesprochen.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Ueberliefer und Parteinarbeiten Paul E. Ennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton, Vermischtes und Provinzielles Karl Bod, für Lokales und Berichterstattungen Otto Reichardt, sämtlich in Halle.

Von Dienstag bis Freitag liegen grosse Gelegenheitsposten in

H. E. Han,

Bamenkonfektion, Damenblusen, Kostümrocken, Kinderkleidchen, Russenkitteln, Mädchenjackets, Backfischblusen

zu besonders billigen Preisen aus und empfiehlt es sich, diese Waren zu besichtigen.

Marken auf alle Waren. — Erfrischungsraum in der I. Etage.

Halle a. S., Leipzigerstrasse 87.

Der Polizeistaat.

Ein Mitarbeiter des "Ärmerers" (Serausgeber Freiher v. Grotzsch) teilt das nachfolgende Erlebnis mit: "Richtig ging ich in Wiesbaden spazieren. Es war am letzten Sonntag im Januar. Pöbelsch kommt mir ein kleiner Zug entgegen. Etwa hundert Arbeiter im Sonntagsged. Sie tragen Arbeitermarkeisen. Zu ihren Seiten etwa zwanzig Schulleute, die in den Trupp hinein Pässe erteilen. Man hat den Eindruck eines Straftransportes. Nur daß die Straftlinge alle recht vernünftig aussehen und sich aus der folgenden Begleitung nichts zu machen scheinen. Ich gehe weiter. Schritt für Schritt Schulleute. Ein ungeheures Aufsehen. Als ob man vorabend der Revolution in die Hände. An allen Ecken herrschen Schulleute auf den Trottoiren. Nicht bloß in der Altstadt, sondern auch im Kurviertel. Die Kurviertel und sonstigen Sonntagstrafzöger werden unter die Arbeitertrupp in den Straftransport hineingedrängt. Denn auf den Trottoiren ist man in Gefahr, überritten zu werden. Die Schulleute erlauben sich Damen gegenüber Bemerkungen wie: "Sie mit dem großen Hut da, gehen Sie weg, sonst gibt's was!" oder: "Gehen Sie weiter! Ich habe Sie heute schon zweimal gesehen!" — Also von einem Schulmann nur gehen zu werden, ist schon gefährlich, am Ende gar strafbar! Es war lehrreich, dabei das Verhalten der "Kanaille" Wall zu betrachten. Der Wiesbadener ist sehr ruhig, sehr frommen. Man hörte nirgends erbitterte Äußerungen, nur ruhige humoristische Bemerkungen. Die "Sozis" schenken ihre Hute und Hosen: Es lebe das allgemeine Wahlrecht! Gelegentlich wurde ohne Erregung mit heiterem Gelächter aufgenommen."

Charakteristisch sind mit heiterem Gelächter aufgenommen. Betrachtungen: "Man muß man sich doch unwillkürlich fragen: einmal, warum diese heftigen Sondersetzungen einer von Reichshagen anerkannten Partei gegenüber? Und zum andern, warum dieses unglückselige Prinzip der Senzation? Wenn die Regierung eine Partei unterdrücken will, obwohl ihr kaum jedes moralische Recht fehlt, warum dann macht sie auf solche Weise für die Sozialdemokratische Propaganda? Denn derartige Verurteilungen, Demonstrationen zu inszenieren, sind die glänzendste Propaganda für die rote Gefahr. Warum? Warum das? Tant do brut pour un omelette! Hätte man die Leute einfach gehen lassen, sie hätten nicht mehr Ansehen gemacht, als ein durchgehender Gesangsverein. Warum also dieses Aufbauschen von Ereignissen, die erst gemacht werden müssen? Warum dieses Hineinbommen und Hineinziehen in eine freibewegliche Menge, nur mit unendlicher Mühe einige Verurteilungen fertig zu bringen? Das ist ein unglückseliges Prinzip. Der brutale Subalternismus der Reichshagen ist heute in unser Polizeistaat gefahren. Die preussische Polizeiverwaltung schafft mehr waterlandische Geistes als alle sozialdemokratischen Redner zusammen! Und nebenbei bemerkt sind wir auch gerade so weit gekommen, daß unser Schulmannswesen nahezu eine Organisation zur Bekämpfung des Publikums geworden ist. Welche Ironie! Schulschüler müssen vor dem Schulmann! Elegante Herren und Damen springen unter die Sozis, um sich vor den Schulleuten in Sicherheit zu bringen! So waldig sich der bunte Strom im Gefühl deutscher Reichseinheit durch die Wälder, während die herrlichen Schulleute den Bürgerkrieg beständig halten. Welche Komödie! Und welcher Witz in dem überlegen weltlichen Verhalten des Publikums gegenüber den "Vertretern" der öffentlichen Ruhe und Stillschließung!

Wie wäre es, wenn wir in unsere Bildungsbestrebungen einmal das bürgerliche Polizeiwesen einfließen? Der Schulmann bildet in unsern modernen Leben eine barocke Figur. Es ist nicht immer leicht, um dieses lebendige Reichthum herbeizukommen. Es ist auch nicht angenehm, wegen dieser veralteten Erscheinung befähigt vom Ausland gehinelt zu werden. Hier tut Wandel not. Wir Deutsche pflegen uns über unsere Schwächen gern mit einem heitern Schalk hinneigeln. Das ist lebenswürdig und vornehm; aber nicht immer klug. Es ist weiser, Schäden zu beheben, als

zuzudecken. Wir lachen über den deutschen Schulmann. Er ist der Bauern, der unsern Idealismus nicht anhaben kann. Alles gut und schön aber wir sollten uns dennoch der Pflicht nicht entschlagen, ihn wilsen zu lassen, daß er für uns da ist — nicht nur für ihn? —

Gewerkschaftliches.

Umwägungen im Bildhauerberufe.

In unserm von der Maschine revolutionierten neuzeitlichen Wirtschaftlichen sind manche Erwerbssphären nur erfinden, manche handwerkliche Berufe (sonst haben aber hart bedrängt worden. Auch im Kunstgewerbe machte sich diese unheilvolle Tendenz der Maschine mehr und mehr bemerkbar. Namentlich sind es die Bildhauer, die bereits seit Jahren mit ständig großer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, eine Folge jener allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Als nächstliegende Ursache der Umwälzungen im Kunstgewerbe ist allerdings die neue Einrichtung anzusehen. Diese aber, "der moderne Stil" benannt, wurde schon unter dem Schlagwort eingeführt: "Weg mit allem Altüberlebten! Unser Zeitalter der Maschine muß seinen eigenen Stil haben!"

Zunächst vollzog sich dann auch der stattgefundenen Umwälzung unter möglicher Begünstigung von Maschinenarbeiten. Zu einer gewissen Gruppe (sonst haben aber hart bedrängt worden) bedrängt worden und reichte sie unter die dekorativen Mittel des Kunstgewerbes ein. Mit ihren Experimenten haben dieselben durchaus keine ungünstigen Resultate erzielt. Das Kunstgewerbe bedarf also nicht mehr in gleichem Maße wie früher des Kunsthandwerks. Der Bildhauerberuf, zu letzterem gehörig, wurde dabei leidtragender Zeil. Es wurden Arbeitskräfte überflüssig. Die Arbeitslosigkeit trieb enorm und hielt sich auch während der letzten Hochkonjunktur in erschreckendem Umfang. Dies ergibt auch sofort folgender Auszug aus dem Reichsarbeitsblatt veröffentlichten Arbeitslosenstatistik. Es hatten nach berechneten Arbeitslosen von je hundert beteiligten Personen im Jahresdurchschnitt:

	1903	1904	1905	1906	1907	1908
famliche an der Statistik beteiligten Berufe	2,7	2,0	1,5	1,2	1,7	3,1
darunter Bildhauer	10,4	9,5	10,1	9,9	12,7	16,6

Daraus ergibt sich, daß z. B. im Jahre der Hochkonjunktur 1908 die Arbeitslosigkeit der Bildhauer achtmal größer war als bei sämtlichen beteiligten Berufen im Durchschnitt. Das Jahr 1907 weist ein ähnliches Verhältnis auf und auch im Krisenjahr 1908 werden die Zahlen um mehr als das Fünffache voneinander ab. Es handelt sich also bei der Arbeitslosigkeit der Bildhauer um eine Berufsfrage, die wohl durch die allgemeine Wirtschaftskrise noch verschärft, diese aber nicht zur alleinigen Ursache hat, sondern auf einmang geschichtliche Verbindung im Gewerbe beruht. — Es ist nur so natürlich, daß sich unter derart mißlichen Umständen laufend Berufsangehörige, zu meist nach voraufgegangener wiederholter Arbeitslosigkeit, von ihrem Berufe abwenden. So auch hier. Nach einer vorläufig abgeschlossenen Erhebung stellt die Organisation der Bildhauer fest, daß in 57 Verwaltungskreisen 489 Bildhauer gezählt wurden, die sich seit dem Jahre 1907 genötigt sahen, zu einem anderen als dem erlernten Berufe Zuflucht zu nehmen; es sind dies ca. 10 Proz. der Mitglieder der Organisation oder ca. 6 Proz. aller Berufsangehörigen. Und dabei ist die seitgestellte Zahl höher noch nicht vollständig. Diese Dezimierung des Bildhauerberufs ist jedoch noch lange nicht zum Abschluß gekommen. Ja, neuerdings wird ihr aus finanzpolitischen Motiven von Staats wegen noch weiterer Vorschub geleistet. Die Finanzen, in welche unsere Staatsverwaltungen geraten sind, ließ Wilton zum Sparen ermahnen. Und wie am besten und erfolgreichsten gespart werden könne, zeigten die preussischen Minister für Finanzen und öffentliche Arbeiten in einem gemeinsam ausgefertigten Sparschreiben, der sich gegen jeden "Luxus" bei der inneren und äußeren Aus schmückung der Bauwerke richtet. In Wäldern bürsten nun die Regierungsbauten auch äußerlich zur Schau tragen, daß in einem unter den Lasten des Militarismus

fast zusammenbrechenden Staatengebilde für das Kunstgewerbe ebensolcher Raum ist als für Volkswohlfahrt und sonstige kulturvolle Aufgaben.

Unternehmer für den Achtstundentag.

Nach dem Bericht der Gewerbeinspektion in Worms haben von den dortigen Fabrikarbeitern 33 1/2 Proz. eine tägliche Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden. Die Unternehmer erklären, daß sich die Herabsetzung der Arbeitszeit durchaus bezahlt hat. Dies setzt voraus, daß es so notwendig, als die Unternehmer sonst bei fast allen Tarifvertragsverhandlungen sich am meisten gegen die Forderung der Arbeitszeiterhöhung wenden, ja sogar die Verhandlungen förmlich laffen.

Im Zeichen der Krise.

Im Münberger Feingoldlagergebäude dauert der Arbeitsmangel an. Nach zweien Tagen wieder aufgenommenen Arbeit wurde sämtlichen Arbeitern abermals, diesmal auf unbestimmte Zeit gekündigt.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Erste polizeiliche Strafandrohung nach gerichtlichem Urteil.

Der Richter Richard Wohlgemuth in Wiesfeld hatte von der Polizeiverwaltung wegen Uebertretung des § 142 des Reichsstrafgesetzbuchs ein Strafmandat erlassen. Als er dann wegen des besagten Kindes abermals ein Strafmandat erließ, hatte er auf gerichtliche Entscheidung angetragen. Das Oberverwaltungsgericht in Hamm sprach ihm im September vorigen Jahres glänzend frei. In dem auch der Wiesfelder Polizei bekannt gewordenen Urteil heißt es: "Die Annahme, daß das Gesetz die Impfung erzwingen will, d. h. daß die ausgeworfene Strafe so oft wiederholen lie, bis der Impfpflichtige genügt sei, wäre nur zutreffend, wenn der Zwang dem Rechte wesentlich wäre. Dies ist aber keineswegs der Fall. ... Wie die Entscheidungsgeschichte und der Wortlaut des Gesetzes dargetan, ist der Anspruch des Staates auf Durchführung der Impfung nicht für so schwerwiegend erachtet worden, daß härtere Zwangsmittel erforderlich erschienen. Eine geringe Strafbewehrung erschien genügend, um die Durchführung, soweit sie im staatlichen Interesse erforderlich erschien, zu sichern (vergl. Fachnummer Archiv Bd. 54 S. 96)." Ein Teil der Strafsache war vom Oberlandesgericht durch das Urteil an das Landgericht Wiesfeld zurückverwiesen worden. Es handelte sich nämlich um die Auslegung der §§ 12 und 141 des Impfgesetzes bzgl. deren Stellung zu § 142. In dem ebenfalls freisprechenden Urteile des Landgerichts ist ausgeführt, daß es "erklärt hat, er lasse kein Hindernis impfen. In dieser Aussage ist die Erklärung zu finden, die nach den Ausführungen des Revisionsgerichts nach Lage der Sache erforderlich und hinreichend war, um der Kontrollverpflichtung des § 12 des Impfgesetzes zu genügen." Nach Anrufung der Revisoren waren also die Strafparagrafen des Gesetzes "bereits verbraucht". Trotzdem bekam B. im Februar und März dieses Jahres von der Polizei wiederum mehrere Schreiben, in denen er mit Zwangsimpfung bedroht und mit 21 Mark oder mit drei Tagen Haft bestraft wird, weil er nicht den Nachweis erbracht habe, daß das Kind geimpft sei! Selbstverständlich hat B. abermals den Schutz der Gerichte angereuert. Aber die beiden durchsagen klaren Urteile unbefangenen, kommt ungewogen zu der Ueberzeugung, daß mit diesen Urteilen die Sache als erledigt zu betrachten ist. Anders die Wiesfelder Polizei, und ihr Verhalten scheinen die W. gegenüber von einem Polizeibeamten mündlich geäußerten Worte zu erklären: "Wenn wir Sie in Ruhe lassen, werden wir bestraft." Zuf Grund des Reichsimpfgesetzes sicherlich nicht; denn das scheint besonders vorteilhaft geizig, jedenfalls kann Impfung abweichende Strafbestimmungen für Polizeiverordnungen zu bestehen. Ein Zwangsgebot haben wir nicht, und nur durch Impfung auszuführen. Daß eine solche freitend über die Impfung beweist nur auf neue, wie dringend notwendig es ist, daß der Reichstag sich nochmals eingehend mit der Impfung befaßt, zumal man sich in immer weiteren Kreisen, auch ärztlichen, von der Unpöflichkeit und Gefährlichkeit

Staat und Religion in der Türkei.

Der Islam prägt dem Staate im allgemeinen einen viel bestimmteren Charakter auf als das Christentum. Dies erklärt sich schon daraus, daß der mohammedanische oder muslimanische Staat aus der Religionsgemeinde entstanden ist. Mohammed der Prophet wurde auch das weltliche Oberhaupt seiner Anhänger. Seine Nachfolger, die Kalifen, waren zugleich geistliche Oberhäupter und weltliche Herrscher, bis sie nach einigen Jahrhunderten die weltliche Macht verloren und bloß die geistliche Würde behielten.

Noch während die auf diese letztere Würde beschränkten Kalifen aus dem früher so mächtigen Hause der Abbasiden in Bagdad und dann in Kairo residierten, war fast jeder weltliche Herr der Mohammedaner — Emir oder Sultan — das geistliche Oberhaupt im Bereiche seines Reiches. Er war Vorkämpfer (Imam), so wie die arabischen Statthalter der Kalifen einst auch das Predigeramt versehen mußten. Endlich rief ein Sultan der Osmanen — Selim I., als er im Jahre 1517 Ägypten eroberte — die Kalifenwürde selbst an sich, indem er den damaligen abbasidischen Kalifen von Kairo mit einer Befehlsurkunde nach Konstantinopel mitnahm und sich von ihm die Befehlsurkunde der Kalifenwürde abtrotzen ließ. Seitdem ist diese Würde ein Attributum des osmanischen Sultans.

Dies ist aber nicht das einzige Merkmal des eigenartigen theokratischen Charakters, den der mohammedanische Staat besitzt. Wäre der Sultan auch nicht Kalif, so würde er doch nicht nur hinsichtlich seiner persönlichen religiösen Pflichten, sondern auch hinsichtlich seiner politischen Herrschaftsmacht auf das Gesetz des Propheten Mohammed gebunden. Dieses Gesetz, das Scheriat, ist der Koran mit seinen Ergänzungen: 1. Hadis, die Uebereinstimmungen der im Koran nicht enthaltenen Aussprüche und Taten des Propheten. 2. Ijtihad — Annahme, die Sammlung von Entscheidungen der vier ersten Kalifen. 3. Ijtihad, die Meinungen anderer als Autoritäten anerkannter, sehr alter muslimanischer Rechtslehrer. Die hauptsächlich in Hadis und Ijtihad enthaltenen Uebereinstimmungen bilden die Sunna, die von den Sunniten voll, von den Schiiten aber nur teilweise anerkannt wird. Das Scheriat ist nicht nur religiös, sondern auch bürgerliches Gesetz; es enthält auch Normen für die politische Verwaltung, für das Finanzwesen, für die Justiz und Strafrecht, und zwar unter der Sanktion göttlicher Vorbestimmung.

Obwohl der Koran, der Mohammed dem größten Propheten anerkennt, auch Christus und Moses als Propheten anerkennt und die heiligen Bücher der Christen und der Juden respektiert, ist er doch selbständig gegen alle Nichtmohammedaner und gewährt ihnen nicht die gleichen Rechte wie den Muslimen (Mohammedanern), wenn auch mehr Recht als den Christen.

Nach den Grundbänden des Scheriatrechts gehört alles ererbte Land der Gesamtheit der Muslimen (Gläubigen). Die im 16. Jahrhundert verfaßte Sammlung der Scheriatgesetze (das Mulla) enthält als folgenden Ausdruck: "Alles Land, das der Imam (das heißt der Kalif, erzbischofliche) besitzt, wird mit Ausnahme der Gläubigen, die in die Erbschaften gegen Bezahlung der Kopfsteuer und des Landtributes befallen; die Befehlsurkunde der Imam lösen oder in die Erbschaft führen oder er läßt sie frei als Untertanen der Gläubigen."

An die Grundbände des Islams hielten sich die Türken, solange sie Eroberungen machten. Hiervon ist ein schillerndes Land ererbend, was der Fall der Einwohner in die Erbschaften, die männliche Jugend größtenteils in das Janitscharenkorps gestellt (unter Bezahlung zum Islam), ein Teil des Bodens als Zehentgrund an türkische Soldaten verliehen und nur der übrige Teil gegen Entrichtung der Grund- und Kopfsteuer sowie der Kopfsteuer den christlichen Einwohnern geblieben.

Nach dem Scheriatrecht können ferner vor mohammedani-

schen Gerichten nur Muslimen, aber keine Andersgläubigen geistliche Zeugnisauftrag ablegen, insofern die Christen — bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts — so laeso bemerkt werden waren. Jahrhunderte hindurch wurden überdies die einschlägigen Scheriatgesetze allgemein in deren den Christen möglichst ungenügend einzuschieben und angewandt. Die Christen konnten keine Kirchen bauen, durften keine Glocken läuten, keine Waffen tragen, nicht einmal auf getötelten Pferden reiten und nicht sich in Kleidern wie die Muslimen; sie konnten selbstverständlich kein Staatsamt erhalten und dergleichen.

Anfangs schied man in der Türkei die Bevölkerung — abgesehen von den Arabern — nur in die zwei Klassen: Mohammedaner und Nichtmohammedaner, wobei letztere genossenschaftlich als "Herde" lag ursprünglich nicht selbständig, sondern nur die orientlich-patriarchalische Beziehung des Verhältnisses der Untertanen zu ihrem Herrscher. Auch mohammedanische Bauern waren Anab ihrer Vorgesetzten. Nach Aufhebung des türkischen Lehnwesens blieben aber die Beziehungen der christlichen Untertanen des Sultans, bis die Venetianer auf Wunsch der europäischen Diplomatie abgebrochen wurde.

Den geistlichen Oberen der Christen übrigens, namentlich den griechischen Patriarchen, wurde, schon seitdem der Sultan Mohammed II. sich nach der Eroberung Konstantinopels als den Erben des byzantinischen Kaisers betrachtete, eine angehörende Stellung und eine fast unabhängige Gerichtsbarkeit über die Glaubensgenossen einräumt, und auch katholischen Priestern (beispielsweise den Franziskanern in Bosnien) wurden manche Privilegien gewährt. In allem übrigen aber sah sich die türkische Regierung — nach einem schwachen Anlauf im 18. Jahrhundert — erst im 19. Jahrhundert — zwangsweise — zu einer völligen Behandlung ihrer christlichen Untertanen bewegen. Dann ging es aber derart voran, daß es mit den Grundbänden eines islamitischen Staates irgendwie vereinbar erschien. Insbesondere hinsichtlich der religiösen Toleranz steht jetzt das Osmanische Reich — wenigstens was die Regierung betrifft — kaum einem andern Staate nach.

Man hat im mohammedanischen Staate wohl schon früh erkannt, daß die Vorherrschaft des an der religiösen Grundlage ruhenden Scheriatgesetzes nicht immer ausreichen, um ein

des Konsumvereins erblickte. In aufgeregtem Tone stellte er den Wert zur Rede, wie er seine Räume an solche Leute vermieten könnte. Der Wert, als getreuer Kriegerereiner, gab jedoch nicht die gebührende Antwort. Man ist in diesem Jahre die Kontrollversammlung im Herbst zum blauen Engel anberaumt worden. Nebenfalls hat das Konsumfeld es den Dazwischengegangenen Arbeitern und Konsumvereinsmitgliedern nicht leicht gemacht, man kann sich wohl das Lokal zur Kontrollversammlung verschaffen, aber auch keine Vorschriften machen, wo ihr euer Geld verbleiben soll. Auch könnt ihr aus dem Halle ersehen, wie viele Herren für ihre Lüste arbeiten. Tut das Gleiche. Tretet aus dem Kriegerverein aus und werdet Mitglieder der Partei und des Konsumvereins. Auch nehmt die Gelegenheit wahr, um eure Mitarbeit bis auf den letzten Mann dem Konsumverein zuzuführen.

Herwerden, 19. April. Der sozialdemokratische Wahlverein hält Mittwoch, den 21. d. M., abends 8 1/2 Uhr seine Mitgliederversammlung im Gasthof „Zur guten Quelle“ ab. Da der Rollenbericht und der Bericht von der Gemeindevorstandsversammlung in Halle gegeben werden soll, ist es Pflicht eines jeden Genossen und jeder Genossin zu erscheinen. Genossen und Genossinnen! Unter den gegenwärtigen hiesigen Verhältnissen ist die Anteilnahme an unseren Verammlungen eine unbedingte Notwendigkeit. Gerade jetzt brauchen wir den engsten Zusammenhalt aller, die mit uns denken und fühlen.

Grünauwe, 19. April. (C. A.) Im Poort erstickt! Ein tragisches Ende hat ein kaufmännischer Reisender gefunden. Beim Spielen im Eigenenwade an der Walle fanden Kinder in dem Abflugekanal des Wallsteiches die Leiche eines dreißigjährigen, feingebildeten Mannes. Man fand goldene Uhr, Ring, Ohrring und Taschenuhr bei ihm und auch Bapier, aus denen hervorging, daß es ein Handlungsreisender aus dem Postlande ist. Zweifellos hat sich der Unglückliche im Finstern verriet. Man will ihn vor etwa drei Wochen im Dorfe Grünauwe gesehen haben.

Stein-Mittenberg, 19. April. (C. A.) Am 16. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, stürzte ein unbeauftragter zweijähriger Knabe ins Wasser. Er wäre ertrunken, wenn nicht der dreizehnjährige Otto Krüger das Kind dem nassem Element entziffen hätte.

Allerlei.

Messina, 18. April. Bei den Aufbaumarbeiten stürzte gestern eine Mauer ein, wodurch sechs Arbeiter verunglückt wurden. Einer war sofort tot, während die übrigen schwere Verletzungen erlitten.

Frankfurt, 18. April. Vom Bodensee wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: Am Seidobahngeleise des Bahndamms in nächst Fluß stürzte der 60jährige Adolfsbaurbeamte Güttnier aus Einbau von einer etwa 40 Meter hohen Weiserstraße und farb sich darauf an den erlittenen Verletzungen.

Säbed, 18. April. In Hohenberg erschloß sich aus unbekanntem Grund die Oberlehrer Dr. Obendorf-Barchin.

Im Automobil. Am 19. April. Umzeit Böwisch fuhr ein Automobil gegen eine Kerkstein. Das Fahrzeug überfiel sich, die Insassen flogen heraus, wobei drei tödliche Verletzungen erlitten.

Hamburg, 18. April. Der sozialdemokratische Konsumvereinsrat hat sich am 18. April in der 10. Sitzung im Gasthof „Zur guten Quelle“ abgehalten. An der Spitze stand der Vorsitzende, Herr Schmidt, der die Sitzung mit einem Bericht über die Tätigkeit des Vereins eröffnete. Der Bericht wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört und wurde über viele Punkte gesprochen. Insbesondere ist die Forderung, daß der Konsumverein die Kontrolle über die Warenpreise übernehmen solle, sehr lebhaft erörtert worden. Die Beschlüsse der Sitzung sind in der nächsten Nummer des Vereinsorgans veröffentlicht.

Verlassen, verlassen, verlassen! Die gegenwärtige Krise hat in ihrer Intensität und Ausdehnung sogar vor den - Parteien nicht Halt gemacht. Die „Diener des Herrn“, die die ganze Woche lang in die „Höhe der Gemeinde“ am Sonntag erhoben und kräftig zu tunen, finden nicht einmal liberal Gelegenheit zu diesem nützlichen Werke. So wird aus Sonnabend gemeldet: Heute herrschte am Gründonnerstag hier in der evangelischen Kirche. Kein einziger Kirchenbesucher hatte sich zum Kommuniongottesdienst in der Kirche eingefunden. Die Kirchenmitglieder, die sich in der Kirche befinden und die Hörtorner, die, wie gesagt, nur allein anwesend waren, wieder nach Hause, ohne daß „Gottesdienst“ abgehalten werden konnte.

Fast gleich traurig lag es in Pilsitzau in Th. aus. Am 1. Osterfesttage waren nur einige Kinder in der Kirche, die wieder nach Hause geschickt wurden, da der antierliche Kontor unter diesen Umständen es ebenfalls vorzog, wieder nach Hause zu gehen. Nicht nur der „Seiland“ ist aus dem Grabe, sondern auch andere Leute sind aus ihrem winterlichen Gefängnis erwacht. . . .

Der Trinkgeld zahl - wird bestrast. Ein toben erlassenes neues Strafgesetz des Staates Washington (Korbamerica) verbietet das Fördern und Anbieten, Empfangen und Geben von Trinkgeldern in den Hotels und Gasthäusern. Alle Angestellten der letzteren, sowie die in ihnen verkehrenden Gäste, müssen sich fortan ein strafrechtlich zu ahnendes Vergehen schuldig, wenn sie gegen diese Bestimmung verstoßen.

Ein gebildeter Kleriker. Von einem in seinen schwarzen Gefässen verkleideten Zentnersmann ging der „M.-B. Ztg.“ eine Postkarte folgenden Inhalts zu:

Meine Herren vom Besch. Nach der Zeitung Termonia hierherlich haben Sie sich die Freiheit erlaubt, wie in der 70jähigen der Wittmannsamen aus Deutschland auszugeben. Solch ein Spiel von Bildung und Besch. gebührt Anwartschaft in Afrika. Bist Kummel, Dortmund. Die „Schwarz“, „ausweisen“, wäre eine verheißene Tat, besonders wenn es sich um Kaiser & die Kummel handelt.

Die sich der Hauptmann „verloht“. Der Hauptmann Martini vom Leib-Garderegiment stand vor dem Dresdener Kriegsgericht. Er war beschuldigt, einen Einjährigen vor die Brust gestoßen und ihn mit der Reittpeitsche ins Gesicht getroffen zu haben. Die Verhandlung war abgeim. Der Hauptmann wurde schließlich wegen des Einjährigen zu fünf Tagen Zuchthaus verurteilt. Das Gericht nahm an, daß er den Einjährigen nur verächtlich mit der Reittpeitsche getroffen habe. Wegen des andern Vergehens erfolgte Verurteilung, da dies nur eine notwendige Korrektur gewesen sei.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die türkischen Wirren. Die Unruhen in Adana haben aufgehört, dagegen dauern diejenigen in Törke fort. Ein Teil von Törke liegt in Äfse. Drei türkische Panzerdampfschiffe sind auf dem Wege nach Mesina.

Konstantinopel, 19. April. Der Aufmarsch der Saloniker und Adrianopeler Truppen vollzieht sich mit bemerkenswerter Präzision.

Konstantinopel, 19. April. Der Generalstab des 3. und 4. Armeekorps ist in Ischmedie angelangt. - Im Hilis Riost nimmt die Maroffseite zu. Der Kriegsminister wollte gestern im Kriegsministerium arbeiten, es fehlten jedoch alle Offiziere.

Paris, 19. April. „Echo de Paris“ meldet aus Konstantinopel: Bischof sind sieben neue Bataillone in Schatalscha eingetroffen. Hier weitere Militärzüge sind in Monastir in der Bildung begriffen. Artillerie marschiert über Verot und umgeht das Plateau Strambia, um wahrscheinlich bei Masla,

10 Kilometer von Pera, zu halten. Die Saloniker Truppen führen sechs Abteilungen Maschinengewehre mit sich und eine Batterie Schnellfeuerkanonen. Am heutigen Morgen sind mindestens 3000 Mann im Marsche gegen die Hauptstadt. In Konstantinopel sind keine Verstärkungen getroffen. Mehrere Korps sind gänzlich verlassen. Vor keiner Kaserne steht ein Wachposten. Es ist unabweislich, (?) daß die Konstantinopeler Truppen irgendwelchen Widerstand leisten.

Würgengel Sungen in Resien. Petersburg, 19. April. Der russische Generalstabschef in Zabriss ist hier eingetroffen. Er äußerte sich, daß die Lage daselbst schwer zu beschreiben und die Hungersnot fürchterlich sei. Wütter mit Prüdeln sterben auf offener Straße den Hungertod. Tausende wandern ermatet durch die Stadt. Der Generalstabschef hat den Minister des Äußeren bereits Bericht erstattet. Heute findet im Ministerium des Äußeren eine Erhaltung über die Zabriss Ereignisse statt.

Sozialistischer Wahlsieg in Frankreich. Paris, 19. April. Bei den Stichwahlen in Lyes wurde der geeinigte Sozialist Morel mit 959 gegen 670 Stimmen, welche an den radikal-sozialistischen Kandidaten entfielen, gewählt. Ein zweiter Radikalsozialist hatte beim zweiten Wahlgang seine Kandidatur zugunsten des geeinigten Sozialisten zurückgezogen.

Wütiger Sport. Glasgow, 19. April. Das Schlußspiel des gestrigen Fußballwettkampfs um den Pokal von Schottland endete mit einem Unmut, bei dem sechzigtausend Zuschauer das spielende Feld angriffen, die Goalposts aufstießen und die Eingangspforte und die Umäuung der Willektisgaller in Brand setzten. Ueber vierzig Personen, meist Schuüler, wurden dabei verletzt und mußten ins Spital gebracht werden. Als die Feuerwehr den Brand zu löschen versuchte, zerschnitt die Menge die Schläuche und besaß die Feuerwehrleute mit Steinen. Anrückende berittene Polizei wurde ebenfalls angegriffen, vermochte aber den Ravillon, in dem die Spieler sich aufhielten, vor der Menge zu schützen. Der Unmut war dadurch entstanden, daß die Fußballspieler sich weigerten, in einem besonderen Gang ein unentschieden gebliebenes Spiel auszutragen.

Briefkasten der Redaktion.

E. R. Wird verwendet. Besten Dank.

Verammlungs-Anzeiger.

Im Inzeratenteil der heutigen Nummer werden folgende Verammlungen veröffentlicht:

- Galle: Druckerei-Giltsarbeiter und Arbeiterinnen, Mittwoch, 21. April.
- Allgem. Ortskontantente, Mittwoch, 22. April.
- Reiß: Weisenfels & Meuelmeyer Braunfoklen, Mittwoch, 22. April.
- Reiß: Bergarbeiter-Verammlungen, Dienstag, 20. April bis Sonntag, 25. April.
- Reiß: Fabrikarbeiter, Donnerstag, 22. April.
- Reiß: Arbeiter-Verammlungen, Mittwoch, 21. April.
- Reiß: Arbeiter, Donnerstag, 22. April.

Solmsweilg. Die Gäle der Herren August Sonntag, Max Körner, Karl Schumann und Fritz Schürder stehen aus nicht zur Verfügung. Die Lokalkommission. J. A. Otto Kaufm.

Die Winterfeier gerinnt im Augen des Sänglings zu seinen Pflichten, welche leicht verhandelt werden können. Bei der Ausübung erreicht man eine feinstoffige Gerinnung leicht durch Zusatz von „Kufel“, welches außerdem den Nährgehalt der Milch erhöht.

MAGGI gute, spars. Küche.
Gute, billige Suppen mit **MAGGI Suppen** Schokolade Kreuzstern.
 Man verlange ausdrücklich **MAGGI Suppen** mit dem „Kreuzstern“.
 bereitet man in kürzester Zeit u. ohne weiteren Zusatz als Wasser. Ebenso kräftig schmeckend u. getreidelt wie die besten Fleischbrühsuppen.

Hochfeine, vollsäftige, pikante
Schweizer-Käse mit 80%
 Feinste fette, specklige
Alpen-Limburger a Pfd. 48 Pfg.
F. H. Krause, Verkaufsstellen.

10 Stück Halberäder f. Damen u. Herren faust H. Schneider, Urmacher, Nr. 11, Hirschstr. 35.
Holzweissig, str. 44.
Geraer und Greizer Kleiderstoffe empfiehlt
Auguste Herrmann.
Anfichts-Karten empfiehlt
 Volksbuchhandl., Salz 42/43.

In Geschenken u. Verlosungen pass. empfehlen:
Postkarten - Albums, jede schöne Muster.
Papier - Kassetten, große Auswahl, feiner Inhalt.
Volksbuchhandlung. im einzelnen u. ganzen werden angenommen. Ammonsdorf, Wörmitzgertr. Nr. 6.

Barfischdrifen empfiehlt die **Volksbuchhandlung**
Achtung! Achtung!
Teuchern.
 In der Nacht vom 7. zum 8. April ist mein Fahrrad „Wagon“, „Superior“ No. 262836 aus dem Waldviertel runter auf der Straße „Waldviertel“ bei Teuchern gestohlen worden. Ich bitte, wer es gefunden oder in Teuchern gesehen hat, mich hiermit zu benachrichtigen. Die Belohnung ist 10 Mark. **Albert Pelte, Naumburgerstr.**

Doltheids - Bookwitz. Hierdurch zur Kenntnis, daß ich mich in **Doltheids als Urmacher** niedergelassen habe. Ich empfehle mich der Arbeiterschaft bei allen in das Fach fallenden Arbeiten und Reparaturen. Ich führe vornehmlich gute u. billige Ausbesserung an und bitte, mein junges Unternehmen gütig unterstützen zu wollen. **Doltheids, im April 1909. Karl Stein.**

Ständesamtliche Nachrichten.
Galle-Güd, Steinweg 2, 17. April.
Aufgehoben: Fischer Neus u. Marie Frisch (Nürnberg u. Parisstraße 16). Lehrer Schiebel und Gertrud Schelein (Niedeburgstraße 4). Schloffer Helmar und Pauline Fischer (Galle e. S. und Niederstraße).

Gestiftungen: Feuerwehrmann Kopf u. Friederich Schiele (Wollmannstr. 6 u. Heinrichstr. 11). Doktor Schmelzer und Hedwig Schulz (Waldstr. 8). Fleischer Stephan u. Gertrud Blumenthal (Sobenturm u. Wälderstr. 1). Kaufmann Richter u. Frau Heinrichshofer (Friedrichstr. 7 und Barfischdrifenstr. 13). Kaufmann Frisch u. Frieda Schiele (Schwefelstr. 22 und Lorstr. 24). Maurermeister Reichmeister und Wanda Engelke (Schwefelstr. 4 u. Büchlerstr. 10). Arbeiter Jahn und Pina Parnack (H. Ulrichstr. 8). Arbeiter Frick (Lorstr. 17). Bergmann Hermann Kopf und Clara Weinhardt (Bennhdt und H. Wälderstr. 10). Vericherungsbeamter Verland u. Anna Schirmer (Barfstr. 14 u. Diem). Schloffer Helmar und Margarete Bergmann (Unterberg 12 u. Thomausstr. 5). Oberfeiler Ludwig u. Ida Reichmeister (Weizsig u. Schwefelstr. 4). Schoren: Arbeiter Konniger S. Gerrenstr. 6. Arbeit Friederich S. (Hauptstr. 12). Arbeiter Schloffer Mehen S. (Mittelstraße 6). Holzbrot Weide u. Rosa (Kaffierstr. 3).

Schloffer: Schloffer Helmar Marie geb. Bärlich, 24 J. (Zurmitz 157). Arbeiter Reichold (Hauptstr. 12). Arbeiter Auguste geb. Endlich aus Dielen, 35 J. (Kaffierstr. 3). Arbeiter Schumann, 30 J. (Weienstr. 10). Arbeiter Sophie L., 7 J. (Hauptstr. 16). Arbeiter Reichold (Hauptstr. 12). Arbeiter Hermann L., 1 Mon. (Unterberg 10). Arbeiter Reichold (Hauptstr. 12). Arbeiter Hermann L., 1 Mon. (Unterberg 10). Arbeiter Reichold (Hauptstr. 12). Arbeiter Hermann L., 1 Mon. (Unterberg 10).

Galle-Nord (Gr. Traunstr. 3a), 17. April.
Verammlungen: Bergmann Koch und Margarete Albert (Niedelben u. Geißstr. 2). Hofbrot Jahn und Ida Franke (Fährstraße 27 und Adolfsstr. 45). Decker Carl u. Anna Reichold (Hauptstr. 12). Arbeiter Reichold (Hauptstr. 12). Arbeiter Hermann L., 1 Mon. (Unterberg 10). Arbeiter Reichold (Hauptstr. 12). Arbeiter Hermann L., 1 Mon. (Unterberg 10).

Arbeiter Daerengässer u. Marie Schloffer (Haupt 15 und Sobolzenstraße 39).
Geboren: Arbeiter Geisbach S. (Schloffer 7).
Gestorben: Privatmann Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28).

Arbeiter Daerengässer u. Marie Schloffer (Haupt 15 und Sobolzenstraße 39).
Geboren: Arbeiter Geisbach S. (Schloffer 7).
Gestorben: Privatmann Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28).

Arbeiter Daerengässer u. Marie Schloffer (Haupt 15 und Sobolzenstraße 39).
Geboren: Arbeiter Geisbach S. (Schloffer 7).
Gestorben: Privatmann Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28).

Arbeiter Daerengässer u. Marie Schloffer (Haupt 15 und Sobolzenstraße 39).
Geboren: Arbeiter Geisbach S. (Schloffer 7).
Gestorben: Privatmann Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28).

Arbeiter Daerengässer u. Marie Schloffer (Haupt 15 und Sobolzenstraße 39).
Geboren: Arbeiter Geisbach S. (Schloffer 7).
Gestorben: Privatmann Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28).

Arbeiter Daerengässer u. Marie Schloffer (Haupt 15 und Sobolzenstraße 39).
Geboren: Arbeiter Geisbach S. (Schloffer 7).
Gestorben: Privatmann Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28).

Arbeiter Daerengässer u. Marie Schloffer (Haupt 15 und Sobolzenstraße 39).
Geboren: Arbeiter Geisbach S. (Schloffer 7).
Gestorben: Privatmann Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28).

Arbeiter Daerengässer u. Marie Schloffer (Haupt 15 und Sobolzenstraße 39).
Geboren: Arbeiter Geisbach S. (Schloffer 7).
Gestorben: Privatmann Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28).

Arbeiter Daerengässer u. Marie Schloffer (Haupt 15 und Sobolzenstraße 39).
Geboren: Arbeiter Geisbach S. (Schloffer 7).
Gestorben: Privatmann Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28).

Arbeiter Daerengässer u. Marie Schloffer (Haupt 15 und Sobolzenstraße 39).
Geboren: Arbeiter Geisbach S. (Schloffer 7).
Gestorben: Privatmann Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28).

Arbeiter Daerengässer u. Marie Schloffer (Haupt 15 und Sobolzenstraße 39).
Geboren: Arbeiter Geisbach S. (Schloffer 7).
Gestorben: Privatmann Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28).

Arbeiter Daerengässer u. Marie Schloffer (Haupt 15 und Sobolzenstraße 39).
Geboren: Arbeiter Geisbach S. (Schloffer 7).
Gestorben: Privatmann Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28).

Arbeiter Daerengässer u. Marie Schloffer (Haupt 15 und Sobolzenstraße 39).
Geboren: Arbeiter Geisbach S. (Schloffer 7).
Gestorben: Privatmann Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28). Arbeiter Rehbach, 74 J. (Gabelstr. 28).